

Jürgen Kerner
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied



Vorbereiten – gestalten – durchsetzen

Vertrauensleute-Konferenz Homburg-Saarpfalz
am 13. Oktober 2012

Inhalt

	Seite
Dank für Engagement in der Tarifrunde 2012	2
Aufgaben bei einer Konjunkturkrise	4
Europa für Arbeitnehmer gestalten	6
Arbeitsmarkt: Kampagne „Arbeit – fair und sicher“	9

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Dank für Engagement Tarifrunde 2012

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

lasst mich erst einmal danke sagen –

1. danke, dass Ihr mich eingeladen habt – und
2. danke für Euer tolles Engagement in der Tarifrunde 2012!

Wir wissen, dass Homburg-Saarpfalz eine der Verwaltungsstellen mit A-Betrieben im Bezirk Mitte ist. Ihr habt gute, ja sehr gute Organisationsgrade erarbeitet. Meist etwas besser als im Durchschnitt.

- Bei Robert Bosch habt Ihr zum Beispiel einen Organisationsgrad von 66,9 Prozent bei 3.369 Beschäftigten. Der Durchschnitt der IG Metall liegt bei 40,1 Prozent.
- Der IG Metall-Durchschnitt bei John Deere ist bei 65,5 Prozent. Ihr habt bei 861 Beschäftigten einen Organisationsgrad von 73,5 Prozent.
- Oder schauen wir auf Schaeffler. Im Schnitt haben wir hier einen Organisationsgrad von 36,5 Prozent. Ihr aber kommt bei 1.953 Beschäftigten auf 76,7 Prozent.

Kolleginnen und Kollegen,

nur wer gut organisiert ist, der kann – wenn es denn sein muss – auch mal deutlich machen, wo der Hammer hängt!

Und zeigen, wer die Wertschöpfung in unserem Land erarbeitet.

Das habt Ihr in der Tarifrunde 2012 getan.

Mit zwei Warnstreikwellen, mit den betriebsbezogenen Arbeitsniederlegungen und dem beeindruckenden Sternmarsch am 9. Mai. 5.000 Kolleginnen und Kollegen waren dabei, 5.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich auf dem Marktplatz in Bad Homburg zur Abschlusskundgebung versammelt.

Kolleginnen und Kollegen,

damit habt Ihr eindrucksvoll klar gemacht, wer in unserem Land für Wertschöpfung und Wohlstand sorgt. Niemand anderes als die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben! Allen voran die Beschäftigten in der Industrie!

Im Namen der IG Metall sage ich vielen Dank! Insbesondere Euch Vertrauensleuten. Ihr stemmt den Großteil der Organisationsaufgaben in Betrieben. Auf Euch können sich Eure Kolleginnen und Kollegen verlassen. Ohne Euch wäre das alles nicht möglich! Danke!

Kolleginnen und Kollegen,

über 850.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich bundesweit an den Warnstreiks beteiligt. Das war der Grundstein für unsere erfolgreiche Tarifrunde!

Die Lohnerhöhung stimmt und ist breit akzeptiert. Trotz des massiven Widerstands der Arbeitgeber konnten wir auch unsere beiden qualitativen Forderungen durchsetzen. Nun gilt es, die beiden Themen erfolgreich in unserer betrieblichen Arbeit zu verankern.

Das heißt zum Beispiel:

- 1) Die Betriebsvereinbarungen zur Ausbildung über Bedarf und damit die Einschränkung der unbefristeten Übernahme müssen genau geprüft und Freibriefe für die Arbeitgeber verhindert werden.
- 2) Bei der Leiharbeit müssen wir die über 1.200 betrieblichen Besservereinbarungen, die wir im Vorfeld der Tarifrunde abgeschlossen haben, auf den Prüfstand stellen. Und dort wo der Tarifvertrag besser ist, müssen wir dies in den betrieblichen Regelungen nacharbeiten.

II. Aufgaben bei einer Konjunkturkrise

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

den Tarifvertrag müssen wir umsetzen. Das ist sozusagen unsere Pflichtaufgabe.

Wir stehen aber gleichzeitig vor weiteren großen Herausforderungen.

Im September hat Berthold Huber im Interview mit der Süddeutschen Zeitung gesagt, es sei eine Lehre aus zurückliegenden Krisen, dass es in der Wirtschaft nicht immer nur aufwärts gehen könne.

Unser Erster Vorsitzender weist damit charmant auf etwas hin, was wir als Metaller schon immer wissen: In der Marktwirtschaft gibt es Krisen, es gibt Auf-, aber auch Abschwünge, es gibt Verwerfungen. Deshalb müssen wir immer vorbereitet sein! Auch heute!

Gerade weil wir – und damit meine ich Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften – heute mit großen Unsicherheiten umgehen müssen. Wie entwickeln sich die Finanzierungsbedarfe Griechenlands? Welche Auswirkungen hat das auf andere wirtschaftlich angeschlagenen Euro-Länder? Was bedeutet es für Deutschland?

Die Reaktionen der Finanzmärkte auf eine wie auch immer geartete Entwicklung sind nahezu nicht vorhersehbar. Und eine transnational hochvernetzte Volkswirtschaft wie unsere kann sich auf Dauer nicht von Krisen ihrer wichtigen Handelspartner abschotten.

Das gilt im Übrigen auch für die in die Weltwirtschaft hoch integrierten Schwellenländer wie China. Sie sind von der schwachen Nachfrage aus Europa und den USA ebenfalls betroffen. Was sich wiederum auf die Exportchancen beispielsweise der deutschen Ausrüstungsindustrie niederschlägt.

Der Indikator des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung zur Rezessionswahrscheinlichkeit ist in der Zwei-Monats-Prognose merklich angestiegen – von 17,5 Prozent auf 32,6 Prozent im September. Wir müssen uns also wappnen!

Wir brauchen ähnliche Instrumente wie 2008, um Entlassungen im Fall einer Rezession grundsätzlich zu vermeiden. Dafür werden wir offensiv alle Instrumente nutzen, von Arbeitszeitkonten über Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und Ergänzungstarifverträge gemäß Pforzheimer Abkommen bis zum Kurzarbeitergeld.

Beim Kurzarbeitergeld muss die Politik handeln: Sechs Monate Kurzarbeitergeld sind viel zu wenig. Sechs Monate reichen bei einem Abschwung nie und nimmer! Wenn hier nichts passiert, gefährdet die Politik die Innovationskraft der deutschen Industrie. Weil dann im Kern gesunde Unternehmen sich gezwungen sehen, ihre gut ausgebildeten Beschäftigten zu entlassen.

Wir sagen daher klar und deutlich: Kurzarbeitergeld muss wieder für 24 Monate gezahlt werden! Und Kurzarbeit muss künftig auch wieder für Leiharbeiter möglich sein.

Gleichzeitig müssen die Finanzierung der Unternehmen gestärkt und vor allem Konjunkturanreize gesetzt werden. Wir brauchen also etwas in der Art der Abwrackprämie. Wir brauchen wieder ein Programm mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro.

Aktuell bietet sich zum Beispiel die Verbesserung der Energieeffizienz in privaten Haushalten an. Darunter fallen unter anderem die Erneuerung von Heizungsanlagen, der Ersatz von nicht energieeffizienten Haushaltsgeräten oder die energetische Gebäudesanierung.

Kolleginnen und Kollegen,

wir werden weiterhin gebetsmühlenartig darauf hinweisen, dass die industrielle Wertschöpfung wesentliche Quelle des Wohlstands in Deutschland ist. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt an der Entwicklung der Industrie. Damit sich die Industrie in Deutschland auch weiterhin gut entwickelt, sind Investitionen in Infrastruktur, aber auch in Bildung und Wissenschaft notwendig. Hier ist in den letzten Jahren deutlich zu wenig getan worden.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, den Investitionsstau aufzulösen. Gerade in einer Krise wäre ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit Schwerpunkten in Nachhaltigkeit und Ökologie für die Industrie sinnvoll, um zusätzlich antizyklisch für Konjunkturanreize zu sorgen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland ebenso systemisch wie Banken für das Funktionieren der Finanz- und Kreditmärkte. Unsere industrielle Basis ist viel zu wichtig, um sie dem Markt zu überlassen!

II. Europa für Arbeitnehmer gestalten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Finanzmärkte ist das Stichwort, um einige Anmerkungen zu Europa zu machen.

Die heute so genannte Staatsschuldenkrise ist nichts anderes als eine Krise, die von den Akteuren in den Finanzmärkten ausgelöst worden ist. Und dafür soll nun die Arbeitnehmerschaft in Europa den Gürtel enger schnallen!

Dabei gibt es noch nicht einmal Entwarnung: Noch immer befindet sich die Realwirtschaft in der Geiselnhaft unregulierter Finanzmärkte. Obwohl die damit verbundenen ökonomischen Risiken uns an den Rand einer Katastrophe

geführt haben, lässt sich die notwendige Regulierung sehr langwierig und im „Grabenkampf“ mit den Akteuren der Finanzmärkte durchsetzen.

Das muss uns weiterhin aufs höchste beunruhigen!

Kolleginnen und Kollegen,

mittlerweile befindet sich die EU darüber hinaus in einer schwerwiegenden Identitätskrise: Die „Europäische Idee“ wird mehr und mehr diskreditiert, Euroskepsis und Nationalismus nehmen zu. Was da der ein oder andere Politiker in den letzten Wochen verzapft hat, ist unverantwortlich und teilweise sogar menschenverachtend. Ich hätte nicht gedacht, dass es soweit kommen kann.

Wir werden das nicht länger hinnehmen. Die IG Metall entwickelt derzeit eine europapolitische Positionierung, die den Arbeitnehmer in den Mittelpunkt rückt.

Aus unserer Sicht ergibt sich für die EU eine doppelte Herausforderung: Es geht zum einen um kurzfristige Krisenbewältigung. Zum andern braucht es mittelfristig grundlegende institutionelle Reformen in Richtung einer politischen und sozialen Union Europas, die auf demokratischen Regeln basiert und mit der sich die Menschen Europas identifizieren können.

Auch wenn das wie die Quadratur des Kreises klingt, ist das die einzige Alternative. Wir müssen entscheiden: Europa oder Chaos!

Kolleginnen und Kollegen,

- Europa braucht nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und beteiligungsorientierte Wirtschafts- und Industriepolitik.
- Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung.
- Die Europäische Union muss sozialer werden.
- Die Europäische Union muss eine Fiskalunion werden.
- Die Europäische Union braucht die Politische Union.

Auch in Europa hängt eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung von einer Industriepolitik der EU in Richtung nachhaltigen und ökologischen Umbau ab. Die Sparpolitik ist nicht geeignet, die Probleme und ihre negativen Auswirkungen auf die Industrie und ihre Beschäftigten zu beseitigen. Mehr noch: Die Sparpolitik verschärft Krise und Belastung der Arbeitnehmer!

Notwendig ist deshalb eine Kombination von Sparmaßnahmen *mit* gezielten Wachstumsprogrammen. Erforderlich sind gezielte Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur. Nur so kann die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie langfristig gesichert und ausgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Industrie in Europa müssen dringend verbessert werden. Banken müssen der Realwirtschaft dienen! Die gesellschaftliche Aufgabe von Banken besteht in der Sicherstellung der Finanzierung von Unternehmen! Und nicht in der Spekulation mit hochriskanten und undurchsichtigen Finanzprodukten!

Wir fordern eine weitreichende Regulierung der europäischen Finanzmärkte. Das umfasst ausdrücklich eine Finanztransaktionssteuer mit dem Ziel, hochspekulative Finanzgeschäfte unattraktiv zu machen.

Wir fordern darüber hinaus ein System getrennter Banken. Traditionelles Bankgeschäft und Investmentbanking sind strikt voneinander zu separieren, um die systemischen Risiken durch Fehlinvestitionen der Universalbanken zu minimieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um es klar zu sagen: Die IG Metall tritt ausdrücklich für den Fortbestand des Euros ein. Wir halten es für nötig, eine solidarische Finanzierung der Defizitländer – Hand in Hand mit der strengen gemeinschaftlichen Kontrolle

über nationale Haushalte – langfristig zu gewährleisten und das Insolvenzrisiko für einzelne Länder zu vermindern. So kommen die Länder schneller aus der Krise.

Die Kehrseite der Medaille ist weniger schön: Auf weniger verschuldete Länder wie Deutschland kommen höhere Kosten zu. Aber diese Kosten sind immer noch niedriger als der Nutzen für die deutsche Wirtschaft und ihre exportorientierte Industrie! Denn unsere Industrie ist trotz aller Globalisierung vor allem in Europa verflochten.

Eine Rückkehr zu einer nationalen deutschen Währung wäre eine Katastrophe für Industrie und Beschäftigte. Diese Währung würde massiven Aufwertungen unterliegen, was deutsche Exporte extrem verteuern würde.

III. Arbeitsmarkt: Kampagne „Arbeit –sicher und fair“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen in Europa und Deutschland eine wettbewerbsfähige Industrie. Aber auch hier müssen wir wachsam sein!

Auf die fortschreitende Internationalisierung der Produktion antworten die meisten Unternehmen kurzatmig mit neuen Rationalisierungsmaßnahmen und verfeinerten Flexibilisierungsmechanismen.

- In wenigen Jahren wuchs der Niedriglohnsektor rasant an und liegt mittlerweile bei 24 Prozent aller Beschäftigten. Die Bundesagentur für Arbeit registriert ca. 7,4 Millionen geringfügig Beschäftigter.
- Die Zahl der atypisch Beschäftigten nahm rasant zu. Heute ist jeder Dritte atypisch beschäftigt, die Zahl der Leiharbeiter stieg von etwa 300.000 im Jahre 2000 auf fast 1 Million im Jahr 2012.
- Arbeitsarmut breitete sich aus. Heute werden jährlich über 700 Millionen Euro an Aufstocker-Beiträgen für Leiharbeitnehmer bezahlt, weil sie von ihrer Arbeit nicht leben können.

Kolleginnen und Kollegen!

Man kann es nicht oft genug sagen: Wer sich nicht mit permanenten Innovationen in den neuen Wertschöpfungsketten und Märkten behauptet, der wird diese Versäumnisse niemals mit Lohndumping und verschlechterte Arbeitsbedingungen ausgleichen!

Die Entwertung von Arbeit muss endlich gestoppt werden!

Wir haben daher die Kampagne „Arbeit – sicher und fair“ gestartet, in der wir das gesamte Erwerbsleben in den Blick nehmen.

Drei Themen stellen wir in den Vordergrund:

1. Die jungen Menschen brauchen einen guten Einstieg ins Berufsleben – sie brauchen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.
2. Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel heißt: Arbeit: sicher und fair!
3. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, gut in Rente kommen und dann auch ein gutes Leben führen können! Wir wollen den flexiblen Ausstieg – und nicht die Rente mit 67!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr wisst: Kampagne heißt für uns mehr, als schöne Plakate, Broschüren und Tassen zu machen, mit denen wir die Politik auffordern, dieses oder jenes zu regeln.

Natürlich gehört das auch zur Kampagnenarbeit. Für uns ist es aber viel wichtiger, dass wir für die Dinge, die wir kritisieren, selbst Lösungswege anbieten. Und das können wir natürlich am Besten in unseren ureigenen Handlungsfeldern, in der Betriebs- und Tarifpolitik.

Das sichtbarste Beispiel für die Verrohung der Sitten auf dem Arbeitsmarkt ist die Leiharbeit. Darum haben wir die Leiharbeit thematisiert. Und es ist uns gelungen, sie zu dem arbeitsmarktpolitischen Thema der Republik zu machen. Weil wir mit der Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ auf diesen Missbrauch aufmerksam gemacht haben!

Aber dabei haben wir es nicht belassen. Zunächst waren wir auf betrieblicher Ebene aktiv. Wir haben über 1.200 Besser-Vereinbarungen in Betrieben erreicht. Jetzt haben wir Leiharbeit tariflich geregelt. Auf das, was wir hier erreicht haben, können wir alle gemeinsam stolz sein!

Klar: Wir konnten tariflich nicht alles durchsetzen, was wir für richtig halten. Gleiche Rechte und gleiches Geld für gleiche Arbeit ist das noch nicht.

Deshalb bleibt auch die Bundesregierung in der Verantwortung. Sie muss endlich mit gesetzlichen Regulierungen nachlegen. „Heuern und Feuern“ muss auch für Leiharbeit verboten werden. Darum muss das Synchronisationsverbot wieder eingeführt werden. Außerdem brauchen wir die Einführung einer Höchstverleihzeit, um den Abbau von Stamm-Arbeitsplätzen zu verhindern. Und schließlich muss der Grundsatz des „Equal-Pay“ festgeschrieben werden.

Kolleginnen und Kollegen,

zusätzlich zur Leiharbeit werden wir uns jetzt die Werkverträge vornehmen. Wir akzeptieren nicht, dass morgens 5.000 Menschen durchs Werkstor gehen, aber nur noch gut die Hälfte beim ursprünglichen Unternehmen beschäftigt ist.

Werkverträge werden zunehmend als strategisches Instrument der betrieblichen Beschäftigungspolitik eingesetzt. Sie werden genutzt, um

- bestehende Regulierungsmechanismen in der Leiharbeit zu umgehen,
- weiter Lohndumping zu betreiben,
- Belegschaften zu spalten

- und betriebliche Mitbestimmung auszuhöhlen.

Das, Kolleginnen und Kollegen, werden wir nicht zulassen!

Kolleginnen und Kollegen,

zu fairer und guter Arbeit gehört für mich auch das Thema: Wie kommen wir gesund in Rente und können dann sorgenfrei leben?

Hier seid Ihr ja auch sehr aktiv. Ihr habt erfolgreich, wie ich verschiedenen Zeitungsberichten entnehmen konnte, ein zentrales Anliegen der Beschäftigten thematisiert. Und zwar nicht nur der älteren, sondern auch der jüngeren und jungen.

Seit Beginn dieses Jahres wird die Regelaltersgrenze jährlich angehoben. Ab 2029 gilt die Rente mit 67. Das ist und bleibt die gravierendste sozialpolitische Fehlentscheidung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden unter den heutigen Arbeitsbedingungen nicht bis 67 arbeiten können. Damit ist die Rente mit 67 nichts anderes als gesetzlich fixierte Altersarmut! Denn wer mit 60 oder 63 raus muss, weil er nicht mehr kann – der muss mit enorme Rentenabschlägen rechnen.

Kolleginnen und Kollegen,

darum bleiben wir bei unserem Nein zur Rente mit 67.

Da aber unter den gegebenen politischen Verhältnissen eine Abschaffung der Rente mit 67 nicht wahrscheinlich ist, sind wir auch gefordert, andere Wege zu finden.

Das heißt: Wenn Politik und Arbeitgeber die Rente mit 67 wollen, dann müssen sie mindestens auch dafür sorgen, dass die Leute bis dahin auch arbeiten können. Darauf hinzuwirken, das sind wir unseren Kolleginnen und

Kollegen schuldig. Denn sonst würden wir bewusst Altersarmut von vielen Menschen in Kauf nehmen.

Darum wollen wir dieses Thema nun auch verstärkt im Betrieb angehen. Arbeitsplätze müssen alters- und alternsgerecht gestaltet werden.

Zumindest zwei Fragen müssen beantwortet werden:

- Was passiert mit Menschen, die bis 67 arbeiten wollen, aber nicht können?
- Wie können sie aus dem Berufsleben ausscheiden, ohne arm zu werden?

Es muss Entlastung geschaffen werden. Das gilt sowohl für die Fertigung als auch für die Arbeit im Büro. Wir werden die Arbeitgeber in die Verantwortung nehmen. Und wir fordern von der Politik, sich ihrer Verantwortung für flexible und faire Ausstiegsoptionen zu stellen. Das wird ein wichtiges Thema spätestens im kommenden Bundestagswahlkampf.

Kolleginnen und Kollegen,

die junge Generation leidet besonders unter der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Ihre Zukunftsperspektiven sind verdammt unsicher.

Natürlich ist Deutschland nicht Spanien, wo 50 Prozent der jungen Menschen arbeitslos sind. Bei uns sind es zum Glück bei den jungen Leuten bis 24 Jahren nur 6,3 Prozent.

Aber auch bei uns ist für die Jugend längst nicht alles in Ordnung.

- Jeder Dritte unter 35 hatte noch nie in seinem Leben einen festen Arbeitsvertrag.
- Rund 49 Prozent der unter 25-jährigen arbeiten im Niedriglohnbereich.
- In den letzten 15 Jahren ist die Erwerbstätigenquote der 20-25-jährigen um knapp 16 Prozent gesunken ist.

So lässt sich weder berufliche Weiterentwicklung noch private Lebensplanung aufbauen!

Darum haben wir ein Thema ins Zentrum gerückt, das insbesondere den jungen Menschen unter den Nägeln brennt: die Übernahme nach der Ausbildung. Es ist uns gelungen, die unbefristete Übernahme im Grundsatz in der Metall- und Elektronikindustrie im Tarifvertrag festzuschreiben. Das ist ein wichtiger Baustein für eine gute Perspektive für junge Menschen.

Wir brauchen aber noch sehr viel mehr. Die Politik muss die Themen der jungen Generation endlich auf die Tagesordnung setzen. Es muss massiv in ihre Zukunft investiert werden. In Kinderbetreuung, soziale Sicherheitssysteme, neue Ordnung am Arbeitsmarkt, Aus- und Weiterbildung – wichtige Themen, die die Jungen für ein gutes Leben brauchen.

Aber auch wir sind gefordert. Wir müssen in unserer Betriebs- und Tarifpolitik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mehr thematisieren. Nur in 10 Prozent der von uns betreuten Betriebe gibt es hierzu eine Vereinbarung. Darum wollen wir im Rahmen der Kampagne gemeinsam mit den Beschäftigten betriebs- und alltagsnahe Lösungen entwickeln, die einen Beitrag zu einer familienfreundlicheren Unternehmenskultur leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seht schon: Wir haben viele große Baustellen – Europa, die Wirtschaftsentwicklung, den Arbeitsmarkt. Und auch die nächste Tarifrunde klopft schon an die Tür. Aber mir ist nicht bange: Ich weiß, was wir können! Nach 2011 wird die Mitgliederentwicklung der IG Metall auch 2012 positiv sein. Wir wachsen weiter!

Das liegt gerade auch an Verwaltungsstellen wie Homburg-Saarpfalz! Ihr ruht Euch nicht aus auf Euren hohen Organisationsgraden. Nein, Ihr werbt weiter Mitglieder, gerade auch bei den Azubis.

Von den 134 neuen Azubis 2012 habt Ihr bereits 110 für die IG Metall gewonnen, das sind stolze 82 Prozent. Ganz vorn liegen Terex Cranes mit 16 von 16 Azubis, ThyssenKrupp Gerlach mit 13 von 13, Robert Bosch mit 40 von 42 und Schaeffler mit 14 von 15.

Im August 2012 hattet Ihr insgesamt 273 Mitglieder mehr als im August 2011. Und was bei Euch auch auffällt: Das Beitragsniveau ist relativ hoch – sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Azubis.

Kolleginnen und Kollegen,

als Vertrauensleute seid Ihr das Herz und das Rückgrat der IG Metall. Sowohl im Hinblick auf die Power als auch im Hinblick auf die Emotionen. Andere Organisationen beneiden uns darum!

Eure tägliche, oft nicht leichte Arbeit für Mitgliederbindung und Mitgliedergewinnung findet ja mehr im Verborgenen statt. Gerade deshalb verdient Ihr höchste Anerkennung: mein Dank an Euch, die vielen engagierten Vertrauensleute!